

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung der Deutschen Reichspost und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. mögliches Saluto-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Werbereihe über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Druckaufschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druckaufschlag. Preisfreie Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4602, 4635, 4649, 4822.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streikkrise in England

Ausdehnung der Bewegung

London, 13. September.

Wie Reuters meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer ernster. Neben dem Bergarbeiterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie infolge von Lohnunterschieden. Es wird auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätsarbeiter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgesperrt sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

Ramenew und Lloyd George

London, 13. September.

Die Blätter bringen Einzelheiten über die dreistündige Unterredung Ramenews mit Lloyd George vor Ramenews Abreise nach Russland. Daily News schreibt: Die Unterredung zeichnete sich durch das Fehlen jener Cordialität aus, die die früheren Unterredungen zwischen dem ersten Minister und dem Sowjetdelegierten kennzeichnete. Lloyd George beschuldigte Ramenew einer Reihe von Vertrauensbrüchen und erklärte ihm, wenn er nicht selbst um seinen Posten gebeten hätte, so würde ihm dieser trotzdem ausgehändigt werden sein. Die politischen Verhandlungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihren Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens einzumischen, aufgegeben habe. Lloyd George brachte gegen Ramenew 4 Anklagen vor, 1. daß er am Verfaul der kaiserlich-russischen Juwelen in England beteiligt sei, 2. daß er Verhandlungen geführt habe, betreffend die Unterstützung des extremen sozialistischen Blattes "Daily Herald" mit 75 000 Pfund Sterling, 3. daß er Beziehungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich "Council of Action" nennt, und 4. daß Russland absichtlich die britische Regierung mit Bezug auf die Klauel über die Bürgermiliz im Entwurf für den Waffenstillstand mit Polen irreführt habe. Ramenew stellte alle diese Anklagen kategorisch in Abrede. Krassin wurde ausdrücklich von den Anklagen, die gegen seinen Kollegen gerichtet

Eine Delegation der russischen Gewerkschaften

Die russische gewerkschaftliche Bewegung hat erst nach der Revolution einen Aufschwung genommen; im Februar 1917 zählte Russland nur einige Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von einigen Tausend Mann. In vier Monaten nach dem Ausbruch der Revolution erreichte die Zahl der organisierten Arbeiter 1 500 000, im Januar 1918 2 500 000, am 1. Januar 1919 3 200 000, im Juli 1920 5 200 000.

Durch die Blockade von den westeuropäischen Arbeitern abgeschnitten, konnten die russischen Gewerkschaften nicht in einen unmittelbaren Kontakt mit den westeuropäischen Arbeitern treten. Erst jetzt, nachdem die Blockade durchbrochen worden ist, ist es möglich geworden, eine Vertretung der russischen Arbeitergewerkschaften in das Ausland zu delegieren.

Die Delegation ist von der Zentrale der russischen Arbeitergewerkschaften geschickt worden, die in Russland den Namen "All-russischer Zentralrat der Gewerkschaften" trägt und über 5 Millionen Mitglieder umfaßt. Die Abordnung, deren Mitglieder sämtlich zu den bedeutendsten Gewerkschaften Russlands gehören, ist von folgenden Personen vertreten:

A. Sergejew, Mitglied des Komitees des allrussischen Transportarbeiterverbandes, der 1 200 000 Arbeiter und Angestellte der Wasserstraßen und der Eisenbahnen vertritt.

P. Sawrentieff, Mitglied des Zentralkomitees der allrussischen Metallarbeitergewerkschaft, 500 000 Mitglieder.

S. Ledew, Mitglied des Zentralkomitees der allrussischen Textilgewerkschaft, 500 000 Mitglieder.

A. Rifeleff, Vorsitzender der allrussischen Bergarbeitergewerkschaft.

D. Antoschkin, Mitglied des Komitees des Angestelltenverbandes, 300 000 Mitglieder.

Neben den Vertretern der einzelnen großen Gewerkschaften sind in der Delegation auch Mitglieder der Zentrale der Gewerkschaften, die die Arbeiterbewegung in ganz Russland oder in einzelnen Gouvernements zu leiten haben, vertreten, nämlich S. S. S. S. S., Mitglied des Präsidiums des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften, 5 200 000 Mitglieder, und Anzelski, Vorsitzender des Petrograder Rates der Gewerkschaften.

Der Wunsch der Delegation sollte zu allererst England gelten. Die englische Regierung jedoch, die eine besondere Sympathie für

murden, ausgenommen und es wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen nicht als abgebrochen betrachtet werden.

Die Bewegung in Italien

Die Eisenbahner solidarisch

M. Mailand, 13. September.

In Bologna trat am Freitag der Generalrat der Eisenbahngewerkschaften zusammen. Der Generalrat beschloß, die Metallarbeiter zu unterstützen. Um den Transport von Truppen nach Oberitalien zu verhindern, sind bereits Vorkehrungen getroffen worden. In der Tat wurde am Freitag der direkte Zug Rom-Mailand mit Polizisten, die von Rom nach Mailand transportiert wurden, vom Personal angehalten und die Weiterfahrt solange verhindert, bis der betreffende Wagen mit Polizisten vom Zuge abgehängt wurde. Ein ähnliches Schicksal erlitt ein weiterer von Rom abgehängener Zug mit Polizeiagenten. Auch aus Parma werden derartige Gewalttätigkeiten gemeldet.

Mailand, 13. September.

Infolge Verhaftung eines der Teilnehmer an einem sozialistischen Demonstrationenzug hat die Arbeitstammer von Como am Comossee den Generalstreik erklärt. Heute morgen wurde die Arbeit in allen Seidenwebereien und anderen Fabriken der Stadt eingestellt.

Polen und Litauen

Paris, 13. September.

Wie Havas aus Warschau meldet, soll Lettland geneigt sein, Polen und Litauen seine Vermittlung anzubieten, um die Regelung der zwischen den beiden Ländern entstandenen Schwierigkeiten zu erleichtern.

Warschau, 13. September.

Die litauische Regierung hat gebeten, daß die französische und die englische Regierung bei den Verhandlungen, die zwischen Polen und Litauen in Kalwarja stattfinden werden, vertreten sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Kabinette in London und Paris diesen Vorschlag annehmen werden.

die ehemaligen zaristischen Generale, die Barone und die Börsenspekulanten begte, beschloß, die Vertreter der russischen Arbeiterkraft nicht nach England hereinzulassen, obgleich die Abgeordneten der englischen Trade-Unions noch vor kurzem Russland besucht hatten.

Den Vertretern der russischen Gewerkschaften wäre es wohl nicht gelungen, nach West-Europa zu gelangen, wenn sie die Reise vom Мурманgebiet nach Norwegen nicht auf ihrem eigenen Dampfer "Sabotnik" zurückgelegt hätten. Als das Schiff der Sowjetrepublik die norwegischen Gewässer berührte, gestattete die norwegische Regierung unter dem Druck der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsverbände der Delegation die Einfahrt nach Norwegen. Von Norwegen begab sich die Delegation nach Deutschland. Zwei der Delegierten, Anzelski und S. S. S., reisten über Treleborg-Sahns nach Berlin, die übrigen Delegierten fuhrten mit dem Dampfer "Sabotnik" von Bergen nach Hamburg, wo sie Montag früh eintrafen, weil sie die Einreiseerlaubnis nach Deutschland noch nicht erhalten haben. Sie haben ebenfalls die Absicht, nach Berlin zu kommen.

Die Delegation stellt sich zur Aufgabe, die Gewerkschaften Deutschlands mit der wahren Lage des russischen Proletariats in der sozialistischen Sowjetrepublik bekannt zu machen, ebenso mit dem Stand der gewerkschaftlichen Organisation im Land der proletarischen Diktatur. Die russischen Genossen wünschten sich gleichfalls mit der Lage, der Erfahrung und den Erregungenschaften des gewerkschaftlich organisierten Proletariats Deutschlands bekannt zu machen.

Die Delegation hat die größten Städte Norwegens besucht und hat die Absicht, sich nach dem Aufenthalt in Deutschland nach England, Italien und anderen Ländern zu begeben. Sie ist die erste bevollmächtigte Vertretung der russischen Gewerkschaften in Europa.

Unsommer ist es notwendig, daß der ganzen Delegation die Möglichkeit gegeben wird, nach Berlin zu kommen, um ihre obenwähnten Aufgaben zu erfüllen. Das liegt im Interesse des organisierten Proletariats sowohl Deutschlands, als auch Russlands.

Die deutschen Gewerkschaften hatten vor kurzer Zeit die Möglichkeit, eine Abordnung, die Gen. Rusch u. a. nach Sowjet-Russland zu schicken.

Es ist nicht nur eine Interessen-, sondern auch eine Ehrensache für das deutsche Proletariat, die sie zur Gahrnehmungspflicht gegen die Delegation der Gewerkschaften Sowjet-Russlands verpflichtet.

Rebellion der Zwerge

B. M. — Seit dem 20. Juni 1920 liegen die Berliner Demokraten auf dem Krankenbette. An diesem Tage ist es für ganz Deutschland und weit darüber hinaus sichtbar geworden, daß der sogenannte "liberale Gedanke" in Berlin vollständig abgelesen hat. Von 225 zu vergebenden Sitzen im Rathause konnte er ganze 16 — "erobert". Tatsächlich sind die Herren Demokraten zu völliger Ohnmacht verdonnert und das von Rechts wegen. Von 1871 bis November 1918 hatten die Freisinnigen das Heft in Händen und sie haben ihre Macht in brutaler Weise mißbraucht. Wir brauchten bei den Kommunalwahlen nur die Sünden des Freisinnigen aufzuzählen, um stets mehr Mandate zu erzwingen. Bis auf 45 von 135 konnten wir es bringen. Das jämmerliche Dreiklassenwahlrecht ermöglichte der Arbeiterklasse nur die dritte Abteilung zu besetzen, in den beiden anderen Abteilungen saßen Börse und Hausbesitz.

Alle kommunalen Ehrenämter lagen in den Händen des "seghaften Bürgertums" und nur verächtlich geriet mal ein Roter in die bössige Gesellschaft. Mit dem allmählichen Erstarken der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion bevölkerten wir ganz langsam die kommunalen Ehrenämter, wie Steuer-, Waisen- und Schulkommissionen. Die große Mehrheit in diesen Kommissionen blieb nach wie vor in den Händen der Arbeiterseite. — Im Magistrat sah seit 1912 ein einziger Sozialdemokrat, obgleich der Partei fast ein Drittel der Magistratsmitglieder zuzam. Von solchen Selbstverständlichkeiten wurde gar nicht gesprochen, nach Ansicht des Freisinnigen mußte das so sein. Das Magistratskollegium selbst war das getreue Spiegelbild der Mehrheit. Dementsprechend gebärdeten sich diese Herrschaften wie toll monarchisch und oft genug mußten unsere Genossen gegen die Verschleuderung der Steuergroschen für Fürsteneinfänge und ähnlichen größten Unfug Protest einlegen. Die richtige Bezeichnung "Hauptstadt der arbeitenden Klasse" fällt man in — Königl. Hauptstadt und Residenzstadt um! War einer als Sozialdemokrat hervorgetreten, dann gab es für diesen auch nicht das bescheidenste bezahlte Unterkommen in der inneren Verwaltung. Die Mehrheit besetzte alle Posten und Pöfchen. Immer wieder muß hierbet betont werden, daß diese "Mehrheit" nur durch ein geradezu hundsstilles Wahlrecht ermöglicht wurde. Wäre auch nur nach dem alten Reichswahlrecht gewählt worden, dann wäre diese "Mehrheit" zerschmolzen wie Schnee vor der Sonne. Gestützt wurde das liberale System durch ein vermurertes und dunkelhaftes Oberbeamtentum, das seine schlechten Einflüsse bis in die unteren Stellen preßte und übereifrig für liberale Reaktion sorgte.

Dem ganzen widerwärtigen Munder hat nun der 20. Juni 1920 ein jähes Ende bereitet. Am 1. Oktober soll der neue Magistrat und die neue Stadtverordnetenversammlung die Arbeit im Dienste der Allgemeinheit antreten. Von 225 Sitzen besitzen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen 125 — während die verbleibenden 100 sich auf Demokraten, Zentrum, Nationalliberale und Antifemiten verteilen. Wären diese 100 logischen Denkers fähig, so würden sie kein Wort dagegen einwenden, daß die absolute Mehrheit des Magistrats aus Sozialdemokraten zu bestehen habe. Wobei wir das Entgegenkommen so weit treiben, daß etwa 7 bis 8 bürgerliche Magistratsmitglieder geschluckt werden. Doch das genügt den Nimmerfatten nicht und es zeigt sich wieder das alte Bild von dem Finger, den man durch die ganze Hand erfassen möchte! Daraus wird aber nichts werden. Der Freisinnsführer Otto hat schon vor wenigen Tagen einen Drohbrief an die Rechtssozialisten geschrieben, die eine, wie zugegeben werden muß, einwandfreie Antwort erteilten. Die Demokraten — die Fraktion der Zwerge — will nicht zur Ruhe kommen, und so sendet sie ihren Goliath ins Feuer. Im unverkennbaren Auftrage seiner Rebellionen ergreift im Abendblatt des "Berliner Tageblatts" vom 10. September der Hauptmann Dominicus, der als Oberbürgermeister im benachbarten Schöneberg beschäftigt ist, das Wort. Er schreibt, wie er spricht. Ach, ah — ganz altes System, Roderdust. "Der einzige Unterschied gegen früher ist nur darin zu erblicken, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien notorisch nicht annähernd die Auswahl von Intelligenzen und Fachmännern haben wie die früheren Parteien, und infolgedessen zur Nominierung von Kandidaten schreiten müssen, die vielfach den berechtigten Anforderungen an diese Stellung in keiner Weise genügen." — An Intelligenz werden es unsere Genossen mit den Dominikanern ganz gewiß aufnehmen. Fachmänner konnten wir nicht erzwingen, da die Kapitalisten dies systematisch verhindert haben. Gingen sie uns dieselbe Gesellschaft in der Schule das schöne Wort einprägen: "Wem Gott gegeben hat ein Amt, dem gab er auch dazu Verstand." Ober sind die Proletarier von dieser Gottesgabe ausgeschlossen? Dann wendet sich der Herr Hauptmann von Schöneberg mit einigen Bescheiden gegen den erkorenen zweiten Bürgermeister Ritter und den Syndikus Lange aus Reutlingen. Auch mit diesen beiden Rechtssozialisten ist er nicht zufrieden. Sie dürften selbst die Abwehr besorgen. — Jetzt aber zieht er

blank und mit dem Sabul in der demokratischen Rechten stützt er sich auf den zum Oberschicht vorgeschlagenen Genossen Dr. Kurt Loevenstein. Zur Charakteristik dieses Hauptmanns Dominicus sei betont, daß er seinen giftigen Angriff gerade zu der Stunde erscheinen ließ, wo er unseren Genossen Loevenstein zum ersten Mal im Wer Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung persönlich kennen lernte. Durch diese Handlungsweise scheidet der Hauptmann Alexander Dominicus aus der Reihe der achtungswürdigen Gegner ein für alle Mal aus und auch seine Fraktion der Zwerge wird bei passender Gelegenheit genötigt sein, ihn öffentlich abzuschüttelein. Was hat nun Dominicus gegen den Genossen Loevenstein vorzubringen? Er nähest das folgende: „Loevenstein ist 35 Jahre alt, hat nur das Dokortexam, nie das Staatsexamen gemacht, hat niemals an einer öffentlichen Schule, weder einer Volks- noch einer höheren Schule eine Stunde unterrichtet, ist niemals im öffentlichen Schulverwaltungsdienst tätig gewesen. Er ist also weder ein Schulfachmann noch ein Fachmann in der Schulverwaltung, noch hat er auf andere Weise seine Eignung für einen so verantwortungsvollen Posten erwiesen.“ — Alles das mag ein Mann zu schreiben, der sich zum Demokraten eignet, wie der Stachel zur Jahn-Partei und dessen Partei unter ihren diversen früheren Namen seit 1893 nicht imstande gewesen ist, auch nur ein einziges Reichstagsmandat bei den Hauptwahlen aus eigener Kraft zu erobern und das alles wegen geistiger Schwachheit und politischer Blindheit! Dieser „Demokrat“ schwört noch auf Examina, tut so, als ob er nicht genau wüßte, daß es dem Juden Loevenstein nur durch Glaubensschacher möglich gewesen wäre, in all die Ämter, die Dominicus als Erfahrungsquellen preist, hinein zu kommen. Wobei nicht übersehen werden darf, daß Loevenstein auch seine sozialistische Gesinnung hätte abweisen müssen. Glaubensschacher und Gesinnungsverrat — Loevenstein wäre noch königlicher Leutnant geworden. Im übrigen hat Loevenstein, der in Charlottenburg seit fast 14 Jahren Mitglied aller Schuldeputationen ist, bei dieser Arbeit seine Befähigung für das Amt des Stadtschulrats durchaus bewiesen. Weit mehr als verdächtige Bureaukraten wird er imstande sein, die schulpolitischen Aufgaben zu lösen, die die jetzige Zeit verlangt. Wie wäre es nun, wenn der Herr Hauptmann Dominicus, der sich auch Oberbürgermeister nennt, einmal in vergilbten Schriften blätterte. Da lebte um das Jahr 1882 in Brandenburg a. Havel, ein echter, weitherter Demokrat, Franz Ziegler, von Beruf Oberbürgermeister, der auf Betreiben der Offizierskaste seines Amtes entsetzt wurde. Seine eigene Partei war ohne Intelligenz und zu unerfahren, um dem prachtvollen Charakter Ziegler beizuspringen. Volter Ingrim schrieb er über das schlappe Bürgertum: „Dem Bürgertum fehlt jedes Selbstvertrauen. In dieser Beziehung mag es sich an der Offizierskaste ein Beispiel nehmen. Wenn der Preußenkönig kommandiert, der jüngste Leutnant der Armee solle nach Berlin kommen, um das Amt des Generalmusikdirektors an der Oper zu übernehmen, so kommt er, kennt zwar keine Note, geht aber ans Pult, nimmt den Takstod, dirigiert — und es klappert.“ — Nun, unser Genosse Loevenstein kennt die Noten, er wird dirigieren und — es wird klappen! Worauf sich die Fraktion der Zwerge, worauf sich die „Dominicaner“ verlassen können. Damit wir uns gleich recht verstehen. Wer da hofft, die Beschlüsse der neuen Stadtverordneten-Versammlung und des neuen Magistrats durch Gullenspiegeleien oder passive Resistenz veräuseln zu können, wird gar bald entdecken, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Es sei, wer es auch sei!

Unschuldigungen gegen den Ernährungsminister Hermes

In der Presse werden schwere Vorwürfe gegen den Ernährungsminister Dr. Hermes gerichtet, die auf einen Brief zurückzuführen sind, den der frühere Spezialreferent für Stickstoff-Düngermittel im Reichsernährungsministerium Dr. Cavalle bei seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt an seinen früheren Chef gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

Auf Ihre Veranlassung wurde, wie ich behaupte gesehwidrig, die Preisausgleichsstelle für Stickstoffdüngemittel veranlaßt, aus der zugehörigen Preisausgleichskasse „vorschußweise“ und „ausstillsweise“ insgesamt belmahe eine halbe Million Mark vorzuzufreden, damit unter anderem Sie ein würdiges Ministerzimmer (ca. 87 000 M. Wert) und ein würdiges Ministerauto (280 000 M. Preis) sich zulegen konnten. Eine ganze Anzahl weiterer Kosten, die von unparteiischer Seite beanstandet wurden, wurde ebenso „verauslagt“ aus Geldern der Landwirtschaft, die die Preisausgleichsstelle zu treuen Händen zu verwalten die Pflicht hatte.

In der Freitagsagung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses sind diese Vorwürfe gegen den Minister von einem unabhängigen Abgeordneten zur Sprache gebracht worden. Der Minister erklärte darauf, daß diese Angriffe gegen ihn von einem Beamten ausgingen, der die erhoffte Beförderung nicht erhalten habe, und nun nachträglich sich dafür durch diese „Enthüllungen“ zu rächen luche. Der Minister gab die behaupteten Tatsachen im wesentlichen als richtig zu, erklärte jedoch die vorgenommenen Anschaffungen für durchaus notwendig und seine Handlungsweise für einwandfrei.

Da die Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses gehört, wurde von einer Erörterung abgesehen, da sie Sache des Hauptauschusses bzw. des Plenums des Reichstages sei.

Zwangsanleihe statt Vermögensabgabe

Die bestehenden Bevölkerungsschichten haben es bisher mit Erfolg durchzusehen gewußt, daß die Besitzsteuern lediglich auf dem Papier standen. Sie scheinen jetzt ihre Ministerarbeit soweit getrieben zu haben, daß das Reichsfinanzministerium bereit ist, auch die papierernen Bestimmungen zu beschließen. In diesem Ministerium, das von Anfang an den Besitzsteuern stets neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, wird deshalb gegenwärtig an dem Projekt einer Zwangsanleihe gearbeitet, deren Einführung als die einzige Möglichkeit zur Vermeidung des Staatsbankrotts angegeben wird.

Unter einer Zwangsanleihe kann unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nichts anderes verstanden werden, als eine je nach dem Vermögen bemessene Abgabe, für deren Verzinsung das Reich sorgen soll. Die Besitzenden richten ihr Bestreben auf die Zwangsanleihe nur deshalb, weil sie hoffen, sie möglichst milde gestalten zu können und das Reichsnotopfer dadurch völlig beseitigen zu können. Das

erscheint den Besitzenden deswegen auch von Vorteil, weil die Erhebung der Zwangsanleihe erst einer neuen Veranlagung bedarf und auf Monate hinaus verzögert werden kann.

Wir erheben gegen alle diese Akte den allerschärfsten Einspruch. Die Steuerherrscher der Besitzenden hat die Zerrüttung der Staatsfinanzen herbeigeführt, die Saluta dauernd entwertet und sie ist somit mitschuldig an dem dadurch unter der deutschen Arbeiterklasse heraufbeschworenen Elend. Die Arbeitermassen, deren Einkommen bis zum letzten Pfennig versteuert wird, sind es satt, diese Steuerdrückerei der Besitzenden noch länger ruhig mitanzusehen.

Die Spigelarbeit der Reaktion

Uns wird geschrieben:

Die „Deutsche Zeitung“ beschäftigt sich in der Sonntagsnummer vom 12. d. Mts. wieder einmal mit dem Republikanischen Führerbund unter dem Motto: Der Klub der Harmlosen.

„Ein Unglück kommt selten allein“ — mit diesem Satz beginnt der Erguß, der den Versuch macht, dem Republikanischen Führerbund alles mögliche und unmögliche in die Schuhe zu schieben. Durch diesen Artikel ist der Beweis schwarz auf weiß gedruckt erbracht, daß die Reaktion mit allen Mitteln versucht, die gezielte und einwandfreie Arbeit des Führerbundes für die Republik zu untergraben, um das Staatsgefährliche des Treibens ihrer bewahnten Helfershelfer zu rechtfertigen.

Am 27. August d. J. wurde der Reichsleitung des R. F. V. ein Mann zugeandt, der von einem Herrn von Schmeling-Dieringshofen, wohnhaft Charlottenburg 5, Magazinstr. 8, den Auftrag hatte, Material aus den Räumen der Leitung des Bundes zu beschaffen, mit dem gegen den Republikanischen Führerbund vorgegangen werden sollte.

Da der Führerbund nun aber nichts hatte, was diesem Manne, der den Plan vertriet, für diese Gesellschaft mitgegeben werden konnte, so wurde ein Brief an die Redaktion der „Freiheit“ sngiert, der den Inhalt des Original hat: „Dieser Brief ist nicht abgeandt — eine Adskript hat Kamerad B. für bestimmte Zwecke erhalten.“

Berlin, den 27. August 1920.

gez. S. B. (Name des Spigels.)

Für die Bundesleitung geseichnet von zwei weiteren Personen als Zeugen.

Und es kam, wie es von der Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes erwartet wurde: Die „Deutsche Zeitung“ druckt diesen sngierten Brief ab!

Ein ganzer Kübel Urates wird bei dieser Gelegenheit über den R. F. V. ausgegossen — die „Deutsche Zeitung“ wird veranlaßt werden, eine den Tatsachen entsprechende Berichtigung in ihrem Organ aufzunehmen.

Oberst Lange, der Mitbegründer des Bundes soll mit seinem Austritt gedroht haben! Scharz soll dem Republikanischen Führerbund 50 000 M. zur Verfügung gestellt haben! Der Führerbund soll der militärische Leiter der Roten Armee sein! Nichts davon entspricht den Tatsachen und an den Satz, daß über die Tätigkeit des R. F. V. die Öffentlichkeit nichts erfährt, glaubt die „Deutsche Zeitung“ wohl selbst nicht, denn sonst würde sie ihren Haß und ihre Furcht vor die gezielte Arbeit des R. F. V. nicht in so schmutziger Weise zum Ausdruck bringen.

Allen republikanischen Organisationen — allen republikanischen Parteien muß es immer und immer wieder eingehämmert werden: Haltet Euch vor den Spigeln der Reaktion, die die Einigkeit unter Euch fördern wollen, um im Trüben fischen zu können.

Orgesch in Ostpreußen

Der Oberpräsident verstoßt gegen die Gesehe

Das Insterburger Parteiblatt der S. P. D. veröffentlicht eine streng vertrauliche Verfügung des ostpreussischen Oberpräsidenten Siehr über Bildung der „Freiwilligen Polizeitruppe Ostpreußen“ vom 1. September 1920. Danach soll unter Leitung und Kontrolle des Bezirkskommandos eine freiwillige Polizeitruppe aufgestellt werden, die am 7. September dem Organisationsstab im Lager Argz Verwendungsbehörde zu melden hat und am 15. in Marsch zu setzen ist. Der Erlaß schließt mit den Worten: „Mitteilungen in der Presse dürfen unter keinen Umständen erfolgen.“

Das Vorgehen des Oberpräsidenten verstoßt in größtmöglicher Weise gegen das Entwarnungsgesehe, sowie gegen die Bestimmungen des preussischen Ministers Severing. Es ist weiter geelnet, dem Reich die größten Schwierigkeiten mit der Entente einzutragen. Wir müssen natürlich trotzdem damit rechnen, daß die Regierung sich und dem Volke diesen Mann nicht vom Halle schafft. Die „Sozialistische Korrespondenz“ die über den Vorfall berichtet, verucht den Mantel liebevollen Verehens über die Sache zu breiten. Sie schreibt, der Oberpräsident Siehr ist offenbar militärischen Reaktionen und Orgesch-Deuten aufgeseien. Der Innenminister wird in Ostpreußen schleunigst „nach dem Rechten sehen“ müssen.

Somit ist die Frage gestellt, ob Herr Siehr ein Dummkopf oder ein Komplize der bewaffneten Reaktion ist. In beiden Fällen gehört er nicht auf seinen Posten.

Der gestörte Hurrafskandal

Erfurt, 13. September.

Gestern fand hier auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz eine große „vaterländische“ Kundgebung und Gedenkfeser für die im Weltkrieg Gefallenen statt. Tausende von Teilnehmern hatten sich eingefunden. Zu Beginn der Feser versuchten Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kommunisten die Domstufen, wo die Rednertribüne aufgestellt war, zu erklären und die Versammlung zu sprengen. Einigen gelang es, die dort aufgestanzte schwarz-weiß-rote Fahne zu entfernen. Auch eine Kriegervereinigung wurde zerstört. Den Demonstranten wurde ebenfalls von jugendlichen Teilnehmern an der Feser eine rote Fahne entzissen und vernichtet. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Kriegervereinigung und den Kubelrern. Sicherheitspolizei wurde alarmiert, brauchte jedoch nicht einzuschreiten. Nach der Feser, die fortgesetzt wurde, obwohl sie immerwährend durch Zwischenrufe gestört wurde, zogen die Kriegsbeschädigten unter Vorantragung roter Fahnen durch die Hauptstraßen der Stadt.

Berwunderlich sind solche Vorfälle nicht. Ein öffentlicher Hurrafspektakel zur Feser der großen „vaterländischen“ Historie 1914—1918 muß auch von den maßlos leidenden Massenopfern des Weltkrieges wie blutiger Hohn auf ihre Not empfunden werden. Es ist darum verständlich, daß ihnen angesichts solchen Kummels die Galle ins Blut tritt.

Demonstrationen in Erfurt

Bekanntlich ist vor kurzer Zeit von den Erfurter Eisenbahnarbeitern ein Polortag angehalten und die Funktion des Transpotes, etwa eine Million Schuss Granatmunition, in die Luft gesprengt worden. Auf Ersuchen der französischen Regierung haben die deutschen Behörden eine Untersuchung nach den Schuldigen eingeleitet. Durch die Staatsanwaltschaft wurden bisher eine ganze Reihe von Arbeitern verurteilt, die um die fragliche Zeit auf dem Bahnhof beschäftigt waren. Ein Güterbodenarbeiter namens Kühn soll zur Zerstörung der Munition auf-

gefordert und die anderen Eisenbahnarbeiter beim Zerstörungswert angeführt haben. Die Erfurter Staatsanwaltschaft ließ Kühn deshalb am Sonnabendmorgen in seiner Wohnung verhaften und in das am Gerichtshof liegende Untersuchungsgefängnis bringen.

Auf diese Nachricht hielten die auf dem Erfurter Bahnhof beschäftigten Güterbodenarbeiter eine Versammlung ab, um sich über Mittel und Wege schlüssig zu werden, wie man die weitere Untersuchung verhindern und den Verhafteten befreien könne. Eine 150 Eisenbahnarbeiter zogen vor das Haus des Staatsanwaltes und verlangten die sofortige Entlassung Kühns. Da der Staatsanwalt zufällig nicht in seinem Amtszimmer anwesend war, zogen die Versammelten unter Vorzeichen auf Sowjetrußland und die Internationale nach dem Untersuchungsgefängnis, wo die Eisenbahner zunächst die Entlassung Kühns verlangten. Als die Beamten das zurückwiesen, machten die Arbeiter Miene, gewaltsam in das Untersuchungsgefängnis einzudringen. Daraufhin wurde die Erfurter Sicherheitspolizei benachrichtigt, die eine Abteilung nach dem Gefängnis entsandte und die Demonstranten auseinander trieb. Nach über zweistündigen Demonstrationen lehrten die Eisenbahner schließlich wieder auf den Bahnhof zurück, wo sie nunmehr beschloßen, die Arbeiterkassette Erfurt zum Protest gegen die Verhaftung Kühns aufzurufen. Am Sonnabend abend fand auch eine Versammlung der Eisenbahner und eine Konferenz der Betriebsräte des Eisenbahnbezirks Erfurt statt. Abgemittelt wurde jedoch die Forderung der Güterbodenarbeiter nicht gebilligt und der von den Kommunisten eingebrachte Antrag, sofort in den Streik zu treten, bis der Festgenommenen entlassen sei, wurde mit harter Majorität abgelehnt.

Jenseits des Sturms

Der Großberliner Bezirksstadtag der S. P. D.

Die rechtssozialistische Bezirksorganisation von Groß-Berlin nahm am Sonntag Stellung zum Parteitag der S. P. D. Der Referent Schlegel behauptete, daß dieser Parteitag nicht nur über die Schicksalsfrage der Partei, sondern auch über das Schicksal des deutschen Volkes zu entscheiden haben werde. Wenn es zutrefe, daß ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne, dann werde die Partei auch die Aufgaben übernehmen müssen, die notwendig seien, um Verhältnisse zu schaffen, unter denen das deutsche Volk nicht nur arbeiten, sondern auch leben könne. Auch die Frage werde geprißt werden müssen, wie weit man mit den Unabhängigen zusammengehen und in welchen Punkten man ihnen entgegenzutreten müsse. Die letzten Vorgänge bei den Unabhängigen, ihre Haltung gegenüber Rosa Luxemburg und die Rechtssozialisten veranlassen, ihre Stellung zu den Unabhängigen mit Rücksicht auf diese Vorgänge festzulegen.

Frau Todenhagen sprach über die Frauenkonferenz. Sie meinte, daß diese nicht mit einer großen Geste abzuhängen werde, wie die Tagung der unabhängigen Frauen in Leipzig, die sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen, sondern daß sie praktische Arbeit leisten werde.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern verlangt, daß die Partei ein Aktionsprogramm aufstellen solle, in das besonders die Planwirtschaft als Etappe zum Sozialismus aufzunehmen sei. Küster verlangte, daß die Rechtssozialisten gegenüber den Unabhängigen aus der Reserve herauszutreten und den Kampf gegen die Berunplimpungen von links aufnehmen sollten. Einen Wiedereintritt in die Regierung dürfte man nicht von der Hand weisen. Profat warf dem Parteivorstand und dem Bezirksvorstand vor, daß sie gegenüber den Rechtsparteien, die in der Skandalösesten Weise über die S. P. D. in der Wahlbewegung hergefallen seien, nicht genügend getan haben. Mit der Sozialisierung, besonders in der Kohlenproduktion, müsse endlich der Anfang gemacht werden. Eduard Bernstein sagte, wenn die Rechtssozialisten in der Regierung geblieben wären, dann wäre nicht nur die Lage der Partei, sondern die ganze politische Lage ungünstig beeinflusst worden. Wir müssen, so meinte er, doch unsere Tätigkeit so einrichten, daß wir das Gefühl behalten, auch die Unabhängigen sind unsere Brüder, wir gehören zusammen. Dies Gefühl findet größere Möglichkeiten, wenn wir nicht in der Regierung sind.

Die Debatte endete mit der Annahme einer Anzahl von Anträgen, die dem Parteitag eingereicht werden sollen. Außerdem wurde eine Reihe von Anträgen für die Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms, für den Frauentag, für die Reichstagsfraktion und für die Stadtverordnetenfraktion angenommen.

Alles in allem gewinnt man aus dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht den Eindruck, als ob der Sturm, der jetzt durch die Reihen der revolutionären Arbeiterkassette geht, auf die Partei der Rechtssozialisten ohne Eindruck bleibt. Die fortgeschrittensten Teile der deutschen Arbeiterkassette ringen um die schwierigsten Probleme der Zeit, im Sumpf der S. P. D. aber quillen nur einige Blasen auf. Die Frage der Anteilnahme an der Koalitionsregierung, die Rückkehr zur alten Ministerverantwortlichkeit, das ist das Hauptthema ihrer Politik. Unwillkürlich wird man an das Dichtermot erinnert:

Kein Hauch der aufgeregten Zeit
Drang je in diese Ensamkeit.

Ein deutschnationaler Reinfall

Von offizieller Seite wird durch Wolffs Bureau folgendes gemeldet: Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer vom 12. d. einen ausführlichen Angriffssplan der Linksradikalen, dessen Ziel Rotkühn sein soll. Er enthält genaue Angaben über Einstellung, Stärke und Besehle zu einer Kampforganisation und die Nachricht, daß Mitte dieses Monats Lebensmittelfrakawalle angezettelt seien. Nach den Erfahrungen, die in der letzten Zeit mit derartigen Nachrichten gemacht worden sind, und deren Nachprüfung oft das Ergebnis völliger Falllosigkeit oder übertriebener Aufmachung hatten, wird auf die Gefahr hingewiesen, die die Berdriftung derartiger unkontrollierbarer Nachrichten hat. Von den zuständigen Behörden ist eine Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet worden.

In derselben Angelegenheit wird uns aus Rotkühns geschrieben: Der in der Deutschen Tageszeitung veröffentlichte „kommunistische Kriegssplan“ aus Rotkühns bedeutet einen schweren Reinfall der reaktionären Presse. Die von der Deutschen Tageszeitung gemeldete Sitzung in der Redaktion des „Freien Volkswillens“ fand selbstverständlich nicht statt. Sämtliche Genossen können für die freigelegte Zeit ein einwandfreies Alibi nachweisen. Mit dem veröffentlichten „Kriegssplan“ hat es folgende Bemerkung: Wir wurden von der hiesigen Orgesch bespizelt, merkten aber natürlich sofort die Absicht und beschloßen, der Reaktion einen Härn aufzubinden. Wir schenkten dem Spigel Scheinbar Vertrauen und gaben ihm Kenntnis von einem von uns für diesen besonderen Fall konstruierten — selbstverständlich nicht existierenden — Kriegssplan. Die reaktionäre Presse ging auch prompt in die Falle und veröffentlichte wörtlich den auf ihre Dummheit berechneten Kriegssplan.

In Wirklichkeit verhält es sich natürlich mit den Rüstungen umgekehrt. Die militärische Organisation der Gegenrevolution ist reiflos vollendet. Auf einigen Gütern sind entlassene Reichswehresoldaten untergebracht, die wie in anderen Provinzen den Kern der gegenrevolutionären Armee bilden sollen. Bei dem als „Armeeführer“ bezeichneten Genossen Rosenbaum fand am Sonnabend eine Hausdurchsuchung statt, die natürlich ergebnislos verlief. Am Sonntag war ein Vertreter des Reichsjustizministeriums in Rotkühn, um eine Untersuchung zu führen. Die Aufklärung der Angelegenheit erweckte selbst bei dem Vertreter der Staatsgewalt eine ungetriebene Feitheit. Dem ganzen kommunistischen Kriegssplan bleibt somit nichts übrig als eine Blamage der reaktionären Presse.

Die erfreuliche Spaltung

Von Eugen Prager.

In der „Hamburger Volkszeitung“, die wieder unter der legendären Leitung des aller proletarischen und revolutionären Ehrenwerten Wilhelm Herzog steht, war am 27. 8. in einem Leitartikel von Werner Schölem zu lesen, daß die Drohung mit der Spaltung „ein Popanz“ sei, vor dem sich die revolutionären Massen innerhalb der U. S. P. nicht zu fürchten wissen. Einige Tage las man in dem Blatte am Schlusse eines Artikels über die Reichskonferenz: „Auch für die U. S. P. gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen“. Etwa zu der gleichen Zeit konnte man in einer Berliner Parteiverammlung, der auch ich beiwohnte, aus dem Munde des Genossen Walter Stöcker, Mitglied des Parteivorstandes der U. S. P., hören, daß es nun erfreulicher Weise auch in Frankreich zu einer Spaltung kommen werde.

Das kommunistische Manifest von Karl Marx schließt mit den Worten: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! Welch ein Fortschritt von Karl Marx zu Werner Schölem, Walter Stöcker und Wilhelm Herzog! Diese Führer und wahren Revolutionäre lehren uns: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! Sozialisten aller Länder, haltet Euch! Die „Post“ aber darf jubeln: „Dem deutschen Bürgertum kann diese Uneinigkeit nur willkommen sein, denn sie schwächt die Schlagkraft des Proletariats und bedeutet einen heilsamen Dämpfer gegenüber allen zu hoch gesteckten Zielen.“

Diese Spaltungsabsichten beschränken sich aber nicht nur auf Zeitungsartikel und Versammlungsreden. Es haben sich schon besondere Organisationen innerhalb der U. S. P. gebildet, die die Spaltung der Partei mit allem Eifer vorbereiten. In Berlin wurde der Diskussionsklub „Adler“ aufgemacht, der unter dem Vorsitz des Genossen Paul Schwenk steht und regelmäßig Versammlungen abhält zu dem Zweck, die Massen der Parteigenossen durch Hintertreppentagungen für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen und die Spaltung der Organisation vorzubereiten. Dieser Klub, mit dem Namen des altpreussischen Wappentiers, steht in enger Verbindung mit einer Zentrale, die Referentmaterial in das ganze Reich verschiebt, allerdings nur an die „zuverlässigen“ Genossen. Den Rednern für die Annahme der Bedingungen wird genau vorgeschrieben, was sie in den Versammlungen zu sagen haben. Das Thema wird in verschiedene Abteilungen zerlegt, den Rednern werden die Stichworte für ihre Ausführungen genau zergliedert und in den Mund gelegt. Beigefügt sind Artikel von Däumig, Stöcker, Lenin und Schwenk. Als dringendste Ausgaben werden den Empfängern des Referentmaterials beigegeben:

1. In allen Kreisen, Bezirken und Distrikten Versammlungen mit dem Thema: „Die 3. Internationale“ abhalten.
2. Alle als Referenten in Betracht kommenden Genossen einheitlich zusammenschließen und zu schulen.
3. Ueberall Entschlüsse annehmen lassen, die verschieden abgefaßt, von einheitlichem Geist getragen sind. (Siehe unten.)
4. Die Entschlüsse sind an die Presse einzusenden und ihre Abdruck zu erzwingen.
5. Die Presse, namentlich die gegen den Anschluß gerichtete, möglichst reichlich mit Artikeln versehen. Der Vorzug gebührt Beiträgen aus Arbeiterkreisen.
6. Von allen wichtigen Beschlüssen und Vorparlamenten umgehend hierher zu berichten.

Es wird weiter mitgeteilt, daß Material laufend überwiesen wird und schließlich sind noch folgende zwei Entwürfe für Resolutionen beigegeben, die den Parteiverfassungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen:

Entwurf 1. Die U. S. P. D. hat sofort unter grundsätzlicher Anerkennung der vom 2. Kongress der 3. Internationale beschlossenen Bedingungen und Schritte den Anschluß an die kommunistische Internationale zu vollziehen.

Entwurf 2. Gegen die Moskauer Bedingungen und Thesen können grundsätzliche Einwände nicht erhoben werden. Sie sind das Mindestmaß dessen, was eine wahrhaft revolutionäre Partei für sich als richtunggebend anerkennen muß. Da die weltpolitische Lage jeden Augenblick tafelfähiges, internationales Handeln erfordert, ist der Anschluß an die 3. Internationale mit der größten Beschleunigung zu vollziehen. Sollte die Entwicklung der Dinge schon vor dem definitiven vollzogenen Anschluß internationale Aktionen erfordern, so muß unsere Partei bereits handeln, als ob sie bereits angeschlossen ist.

Diese Anweisungen von Berlin werden in der Provinz auch prompt befolgt. Aus Gleiwitz wird mitgeteilt, daß am Sonntag der außerordentliche Parteitag der U. S. P. Oberschlesiens nach eingehender Diskussion mit 42 gegen 10 Stimmen folgende Resolution angenommen hat:

„Gegen die Moskauer Bedingungen und Thesen können grundsätzliche Bedenken nicht erhoben werden. Die U. S. P. D. Oberschlesiens stellt sich deshalb auf den Standpunkt, daß bis zum nächsten Parteitag eine rege Agitation für den Anschluß betrieben werden muß. Da die weltpolitische Lage jeden Augenblick ein tafelfähiges Handeln erforderlich machen kann, ist der Anschluß an die 3. Internationale auf schnellstem Wege zu vollziehen. Sollte die Entwicklung der Dinge vor dem Anschluß ein Handeln erforderlich machen, so ist so zu verfahren, als wenn der Anschluß an Moskau tatsächlich schon vollzogen ist.“

Man vergleiche diese Resolution mit dem Entwurf 2, der von Berlin aus verschickt worden ist, und man wird sofort sehen, woher unseren oberflächlichen Genossen die Erleuchtung gekommen ist.

Man sieht aber auch weiter, wohin diese organisierte Spaltungsarbeit führt: zur Tötung des selbständigen, freien Denkens, zur Verhinderung einer eigenen Urteilsbildung, zur geistigen Abhängigkeit der schlecht unterrichteten Arbeiter von den Glaubenssätzen einer Berliner Zentrale. Die Moskauer Kirche hat ihre Filiale bereits in Berlin eingerichtet, und wehe dem, der ihrem Diktat nicht folgt. Er silegt hinaus: der einzelne, eine Minderheit, ganze Organisationen, die halbe oder dreiviertel der Partei. Die Spaltung des Proletariats marschiert in erfreulichster Weise. Marx und Engels, Liebknecht und Bebel, die die Einigung der Arbeiterklasse als die Vorbedingung für ihren Sieg über den Kapitalismus bezeichnet haben, wandern in die Galerie für Altertümer!

lution aller kapitalistischen Länder an. Die formellen Aufnahmebedingungen sind deshalb keine Forderung, sondern eine Förderung unserer Bestrebungen zum Ausbau unserer Partei zur führenden Kampforganisation des deutschen Proletariats. Die danach für deutsche Verhältnisse notwendigen und möglichen Organisationsmaßnahmen schließlich zu beschließen, ist die vornehmste Aufgabe des Parteitag, von dem die Halle'sche Parteioberorganisation den Beitritt zur 3. kommunistischen Internationale erwartet.

Gegen die 21 Bedingungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Bremen, 13. September.

Auf dem Parteitag für Oldenburg-Ostfriesland wurde nach Entgegennahme des Berichtes von der Reichskonferenz und eines Korreferats eine Resolution einstimmig angenommen, durch die die Moskauer Bedingungen abgelehnt werden.

Funktionärversammlung in Düsseldorf

In Düsseldorf nahmen die Funktionäre unserer Partei Stellung zu den Moskauer Anschlußbedingungen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die verammelten Funktionäre der U. S. P. des Wahlvereins Düsseldorf erklärten:

1. Wir halten fest an dem Beschluß des Parteitag in Leipzig, daß wir eine Internationale der Tat, die alle revolutionären sozialistischen Parteien der Welt umfaßt, die imstande ist, zu den kommenden Kämpfen der Weltrevolution das Proletariat zum Siege zu führen und den Sozialismus zu verwirklichen.
2. Die von der Sowjet-Republik vorgelegten Bedingungen halten wir nicht für eine geeignete Grundlage, einen solchen umfassenden Zusammenschluß herbeizuführen, weil sie nicht genügend die Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder berücksichtigen und durch die Befestigung der Selbständigkeit den Bewegungen die nötige Aktionsfreiheit nehmen.
3. An Stelle einer einseitigen Ablehnung verlangen wir aber, daß unter Hinweis auf diese Mängel der Bedingungen, erneut von der Parteileitung in Verhandlung mit der Sowjetrepublik Kontakt, wenn möglich auf deutschem Boden, unter Beteiligung der Bruderparteien eingetreten wird.

Aus den

Berliner Parteioberorganisationen

17. Distrikt

Die Mitglieder des 17. Distrikts besaßen sich am Sonntag in überfüllter Versammlung mit der Frage des Anschlusses an die 3. Internationale. Genosse Koenen führte aus, daß die Frage des Anschlusses an die 3. Internationale keine Formalitätenfrage sei, sondern eine Frage tiefer und weitreichender Bedeutung. Wir stehen vor neuen Kriegen und neuen Revolutionen. Für das Proletariat sei daher die Stunde der Prüfung gekommen. Koenen kam zu der Schlussfolgerung, daß die gestellten Bedingungen eine Schwundforderung für unsere Partei bedeuten. (Stürmischer Beifall.)

Emil Barth als Korreferent wurde zu Beginn seiner Ausführungen wiederholt von der Versammlung unterbrochen. Er sagte, daß Moskau nicht in der Lage sei, für Deutschland zu bestimmen, wann der Kampf beginnen solle und wie er durchzuführen sei. Die Stärke der Internationale liege nicht in Moskau. Weil wir eine feste und große Internationale wollen, lehnen wir die Bedingungen ab, nicht aus Prestige, sondern aus revolutionären Wollen. (Stürmischer Beifall.)

Wegen vorgerückter Stunde wurde die Diskussion auf den kommenden Sonntag vertagt.

Charlottenburg

In einer am Freitag abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zur Frage der Internationale folgende Resolution gegenwärtig angenommen:

Die Mitgliederversammlung Charlottenburg bringt zum Ausdruck, daß die revolutionäre Entwicklung der Welt den Zusammenschluß des revolutionären Proletariats in einer aktionsfähigen, in der kommunistischen dritten Internationale notwendig macht. Die Parteimitglieder treten daher mit Entschiedenheit für den Anschluß unserer Partei unter Anerkennung der Bedingungen an die 3. Internationale ein und sprechen die Erwartung aus, daß der Parteitag in diesem Sinne entscheiden wird.

Diese Mitteilung verbreitet der Unabhängige Zeitungsdienst. In Berlin, die uns aus Charlottenburg zugegangen sind, wird behauptet, daß eine erhebliche Minderheit gegen diese Resolution gestimmt habe.

Die sächsische Landeskongress

(Schluß aus der gestrigen Abendausgabe.)

Genosse Däumig sagte weiter: Von der von Hilferding behaupteten Kriegspolitik der Kommunisten habe ich nichts in Moskau gehört. Aber wir kommen in Deutschland um den Konflikt mit der Entente nicht herum, darauf möchten wir die Partei einstellen. Unsere Haltung zum Friedensvertrag können wir auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Aber es ist nicht richtig, daß das sofortige Krieg mit Frankreich bedeutet, es gibt eine Masse Zwischenstufen dazwischen. Den Rückschlag in der Boykottfrage in Danzig dürfen wir nicht als ein Fatum hinnehmen. Wir müssen dort eingreifen. (Hilferding: Wie denn?) Darüber kann ich hier nicht sprechen. (Zwischenrufe.) Die Zwischenrufe beweisen die Notwendigkeit einer illegalen Organisation. In den Kapiteln, so wird gesagt, hat die Partei ihre Schuldigkeit getan. Wir haben aber nichts erreicht. Es muß also ein Fehler in der Rechnung sein. Die Sozialisierungsfrage ist eine Machtfrage, die man nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments löst. Deshalb müssen wir uns auf den Bürgerkrieg einrichten und die Strafe Zentralisation einführen. Die dritte Internationale hat noch ihre Kinderkrankheiten. Aber das Schreckgespenst der Bedingungen wird in den Hintergrund rücken, wenn die U. S. P. D. sich anschließt; dann wird der Schwerpunkt der Internationale mehr nach Westen rücken. Ich fordere den Anschluß an die dritte Internationale. (Vereinzelter Beifall.)

In der Nachmittagsungung legt als erster Redner

Genosse Dittmann seine russischen Erfahrungen dar. In Russland wird die Taktik der kleinen entschlossenen Minderheiten verfolgt, die mit der Waffe in der Hand die Massen vorwärtszuziehen. Das ist für uns eine überwindene Stufe. Wir suchen auf dem wissenschaftlichen Sozialismus. In Russland fehlten dafür die Vorbedingungen. Ich erlaube mir kein Urteil, ob das Experiment dort gelingen wird. Aber bei uns geht es nicht an, hier können wir nur nach dem Marxismus verfahren. Man soll uns nicht die Rückkehr zum Utopismus zumuten. Wir müßten verhungern, wenn die Entente die Blockade über uns verhängte — Russland kann uns keine Nahrung liefern. Wie wird es, wenn es zur Spaltung kommt. Jener Teil, der kommunistische Politik treiben will, wird die Spaltung machen. Und dann werden die Massen, die man mit Versprechungen dazu gebracht hat, von der neuen kommunistischen Partei die versprochene, erlösende Aktion fordern. Dann wird Deutschland wieder in eine Periode des Vandalismus zurückfallen, wie im ersten Halbjahr 1919. Halbproletarische Schichten, die wir gewinnen konnten, werden wieder abgefallen werden. Die Befreiung des Proletariats wird wieder weiter hinausgeschoben. Und dann werden womöglich die Reaktionen sich nicht mit der Niederwerfung der Rüsse zufriedengeben, sondern ihren Staatskrieg wiederholen und dann bekommen wir das unantastbare System, den weißen Schrecken. Wenn wir die Frage endlich durchschlüßeln, dann werden wir die Mehrheit der Partei gewinnen. Aber die U. S. P. D. wird bestehen bleiben, selbst wenn der Parteitag den Übergang zu den Kommunisten mit Mehrheit beschließen sollte.

Friedr. Genet: Gleich nach Bekanntwerden der Bedingungen habe ich vom Ausland aus geschrieben, daß ich lebhaft den Anschluß wünsche, daß ich aber sehr bedauere, daß ihm durch solche Bedingungen, die das Ansehen der Partei schädigen, schwere Hindernisse bereitet werden. So fordert man die Weltrevolution nicht. Aber es muß ein Weg gefunden werden zur Verständigung. Wir müssen aufs Neue mit Moskau verhandeln. Noch vor dem Parteitag muß das Exekutiv-Komitee eine Deklaration geben, die den Anschluß möglich macht. Das wird sich erreichen lassen.

Roxmann-Bittau stimmt Genet zu. Wir müssen die Spaltung vermeiden und eine Brücke finden. Hilferding-Dresden erklärt das für unmöglich. Der Versuch wird fehlgeschlagen. Wir müssen heute für oder gegen die Bedingungen entscheiden.

Rixan-Dresden legt dar, daß die Bedingungen die Aufgabe des Rätesystems bedeuten; er fordert Ablehnung. Die britischen Korporaten unter dem Sozialistengesetz handelten selbständig, es bestand also nicht strikte Zentralisation.

Hilferding (erhält vor Debatte den Beschluß des Schlußwort, da er abreisen muß): Wenn Genosse Genet die Bedingungen unannehmbar findet und die Spaltung schlimm, so stimme ich ihm zu. Es ist nicht meine Sache die Gegenseite auf die Spitze zu treiben. Aber es ist außerordentlich schwierig, über diese Gegenstände hinauszukommen. Der Weg Genet wird jetzt nicht gangbar sein. Hätte in Moskau bei den Verhandlungen unsere Delegation einstimmig erklärt: Was Ihr fordert, ist Wahnsinn, das machen wir nicht mit! dann wären leicht andere Bedingungen zu erreichen gewesen. Jetzt haben die russischen Genossen die Klauen, es sei möglich, uns zu zwingen, den Widerstand zu überwinden und sie werden es wollen, weil sie uns brauchen als Werkzeug ihrer Politik. Deswegen ist eine Änderung nur zu erreichen, wenn diese Hoffnung als Illusion erkannt wird. Und das wird nur geschehen, wenn wir und die Franzosen, die Schweizer usw. zunächst ein unabweisbares Nein sagen, daß die Russen einsehen, so geht es nicht. Dann gibt es vielleicht eine neue Basis, und die dritte Internationale kann errichtet werden, die nicht diffiziert, aber eine Internationale der Tat ist, der Aufrechterhaltung und Erhaltung der Diktatur des Proletariats. Däumig sagt, es ist nicht die Frage, ob die Bedingungen annehmbar sind, sondern ob die U. S. P. revolutionär ist. Das ist die Frage. Die Spaltungsaktion der Kommunisten aber ist in ihrem Effekt gegenrevolutionär. Däumig fordert, gegen mich gewandt, Klarheit. Aber er spaltet nur, er handelt nur als Propagandist für grundsätzliche Formeln, während Lenin die Parolen so wählte, daß sie die Massen einigten, wie damals, als er für die sofortige Einberufung der Konstituante, der Nationalversammlung eintrat oder sogar, wie in der Agrarfrage, opportunistische Grundätze ausgab, um die Massen zur Tat einigen zu können. Weiter Propagandist will, wer durch die Tat die Massen einigt. Däumig will aus jedem Mitglied der Organisation einen Kämpfer machen. Aber durch die Negativierung erkennt man die Kampffähigkeit der Einzelnen nicht, sondern man stempelt sie nur als gut oder schlecht. Däumigs Ausführungen über die Kriegspolitik waren sehr wenig klar. Es handelt sich nicht um die Stellung zum Versailler Vertrag überhaupt, sondern darum, ob wir ihn heute verlegen sollen, ob wir eine Politik treiben sollen, die zum Krieg führen muß. Da haben wir mit aller Bestimmtheit zu erklären: das lehnen wir ab. Zwischenstufen zwischen Krieg und Frieden sind sehr zweifelhafte, sehr gefährliche Dinge. Um die richtige Politik treiben und gefährliche Abenteuer ablehnen zu können, müssen wir unsere Selbständigkeit bewahren. Däumig hat sich mit Stetigkeit genährt über die bestimmten politischen Fragen, die ich angeregt habe. Aber nur durch die Aktion für konkrete Dinge lassen die Massen sich vorwärts bringen. Das ist wirklich revolutionäre Taktik, alles andere sind Illusionen. Deswegen muß die U. S. P. D. erhalten bleiben und ihre revolutionäre Pflicht erfüllen, die Eroberung der politischen Macht.

Böttcher tritt für den Anschluß unter Wahrung der Selbständigkeit ein. Hilferding: Wenn Däumig die Bedingungen annimmt, so ist er für den Ausschluß von Ledebour, Hilferding, Crispin, Dittmann usw., also für die Spaltung, denn er weiß, daß diese Genossen nicht allein bleiben werden. Es besteht wenig Hoffnung auf Änderung der Bedingungen.

Müller-Leipzig: Däumig ist nicht auf die Bedingungen eingegangen, ebensowenig tut das die „Linke“ Presse. Die Debatte wird geschlossen. Däumig (persönlich) erklärt, daß er auf seinem Standpunkt verbleibe und auf die persönlichen Angriffe (wegen der Tätigkeit der Räteszentrale) hier nicht eingehen wolle.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Resolution des Landesvorstandes. Die Resolution lautet: Die Bestreben aus kapitalistischer Ausbeutung und Ausschließung kann nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgen. Diesen Kampf für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann nur die Arbeiterklasse bewußt und einheitlich führen. Er bedingt die Geschlossenheit des bewußt sozialistischen revolutionären Proletariats in Deutschland und in den kapitalistischen Ländern.

Deshalb erklärt die Versammlung, nachdrücklich für einen Zusammenhang des internationalen revolutionären Proletariats aller Länder, einschließlich Rußlands, zu wirken.

Bei voller Würdigung der schwierigen Lage Sowjetrußlands ist die Arbeiterschaft bereit, Sowjetrußland tatkräftig zu unterstützen, die Landesversammlung vermag aber in den Aufnahmebedingungen nicht den Weg zu sehen, auf dem eine aktionsfähige sozialistische revolutionäre Internationale geschaffen werden kann, und empfiehlt dem Parteitag, die Aufnahmebedingungen abzulehnen.

Es wird bei 73 stimmberechtigten Delegierten mit 44 gegen 28 Stimmen angenommen. (Von den 25 Groß-Weipziger Delegierten stimmen 19 dafür, 6 dagegen.)

Kroneberg-Leipzig und ein Delegierter des Chemnitzer Bezirks erklären, daß sie gegen die Resolution stimmten, weil noch keine Klärung erfolgt sei und die Abstimmung also eine Uebertrumpfung sei.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß von den 29 Delegierten (darunter 8 Frauen) noch mehrere Vertreter des Bezirks- und des Landesvorstandes, sowie des Zentralkomitees, der Volkstammer und Reichstagsfraktion anwesend sind.

Die Verhandlungen werden darauf auf Montag vertagt.

Schiebertaktik der Kommunisten

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Bremen, 13. September.

Da am Dienstag Abend in Bremen die Fortsetzung der Mitgliederversammlung stattfindet, versuchen die Kommunisten mit allen Mitteln, die Stimmung für die Annahme der 21 Bedingungen zu schärfen. Der Bremer Parteisekretär der U. S. P. hat einem U. S. P.-Mitglied, von dem er weiß, daß er für die Bedingungen ist, den Vorschlag gemacht, auf eigene Faust am Dienstag einen Beschwörer der Aufnahmebedingungen von Berlin nach Bremen zu holen. Die U. S. P. D. würde die dadurch entstehenden Kosten decken!

Deutsche Note an den Völkerbund. Die deutsche Regierung hat dem Völkerbund, der sich am 13. September mit der Volksbefragung in Eupen und Malmedy befassen soll, eine Note zugehen lassen, in der sie in Anknüpfung an ihre früheren Noten nochmals die verschiedenen Punkte hervorhebt, die die vertragswidrige Handhabung der Volksbefragung durch die belgischen Behörden fernhalten können. In einem der Note beigegebenen Weißbuch sind etwa 70 Zuschriften und Zusagen auslagen wiedergegeben, aus denen sich ein außerordentliches Bild darüber ergibt, wie die Volksbefragung in Eupen und Malmedy durch die belgischen Behörden verhindert worden ist.

Die Stellung der Organisationen

Generalversammlung in Halle

Zu einer massenhaft besuchten Generalversammlung in Halle referierte Koenen für und Kunert wider die Anschlußbedingungen. Nach lebhafter Aussprache wurde mit sehr großer Mehrheit folgende Resolution von Schölem und Dittmann angenommen:

Die Halle'sche Parteimitgliederversammlung des 17. Distrikts für den unverzüglichen direkten Anschluß an die 3. Internationale. Sie erkennt die auf dem 2. Moskauer Weltkongress aufgestellten politischen Besätze als ihre ureigensten Aufgabenstellungen über den notwendigen Fortgang der sozialen Revolu-

Gewerkschaftliches

Konflikt in den Vorfis-Works

In den Vorfis-Works ist es zu einem Konflikt zwischen der Leitung und dem Arbeiterrat gekommen, der auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt hat. Die Firma A. Vorfis besitzt einen elektrischen Induktionsofen, der seitzeitig zum Zwecke der Waffenanfertigung angeschafft wurde...

Achtung! Stuck- und Gipsbaubranche!

Aus Anlaß der Vorkommnisse bei der Firma Damurich u. Co. wußt die Bau- und Putzwerkstätten-Versammlung, welche am Sonntag in der Freiheit bekanntgegeben wurde, anfallen. Die Vorkommnisse bei der Firma haben einen berartigen Charakter angenommen...

Delegierte der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten

Uns wird geschrieben: In der heutigen Generalversammlung wird als erster Punkt der Anschlag gegen sechs Mitglieder der Opposition behandelt. Obwohl schon heute ein nicht geringer Teil der an dem Ausschlußverfahren beteiligten Kollegen erkannt hat, damit einen Weg beschritten zu haben...

Achtung, Köpfer! Am 18. September d. J. tritt in Reihen der außerordentliche Verbandstag der Köpfer und Berufsangehörigen Deutschlands zusammen. Die Kollegen der Opposition treffen sich mittags 12 Uhr am Bahnhof; später eintreffende melden sich im Tagungslokal beim Kollegen Bemböser.

Groß-Berlin

Zum Bau von Wohnlauben

Der Magistrat Berlin übermittelt der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage, in der er diese ersucht, sich mit der Bewilligung von 3 000 000 Mark zur Beschaffung des Ausbaues von Wohnlauben einverstanden erklären zu wollen.

Das Wohnraumproblem leidendender Kleinwohnungen, die Beschaffung von Büros und Lagerräumen und ihre Herrichtung zu Wohnungen, die Aufteilung größerer Wohnungen und die Zwangseinquartierung von Flüchtlingen hat bisher nicht genügt, um die herrschende große Wohnungsnot zu beseitigen. Um nun, zumal angesichts der starken Schwierigkeiten, die die Finanzierung der Wohnbaumaßnahmen augenblicklich durchmacht, die Wohngelegenheiten zu vermehren, hat der Magistrat beschlossen, den Ausbau geeigneter Sommerlauben zu Wohnlauben zu fördern.

Gastwirtsgehilfen und verkürzte Polizeistunde

Durch die Stinnesprelle und ähnliche Presseartikel, die bewußt oder unbewußt die Interessen der wucherischen Schlechtloshändler wahrzunehmen scheinen, gehen schon seit längerer Zeit die beweglichen Klagen über die geplante Verkürzung der Polizeistunde in Berlin. Da aber diese Kreise die Erfolglosigkeit ihrer Anstrengungen fürchten, gebeten sie nun auch die Arbeiterschaft als Sturmbosch vor ihren Bogen zu spannen.

Es mag ja nun für diejenigen, die nur die engen Berufsinteressen im Auge haben, bestechend genug sein, gegen die angeordnete Arbeitslosigkeit in Arm mit den Arbeitgeberern auf deren Anhalten zu protestieren. Das entspricht ganz dem Geiste der Arbeitsgemeinschaften, der schon einmal die Gasthausangestellten voranläßt hat, für die Arbeitgeber gegen die Strafbedingungen des Wucherergesetzes zu demonstrieren.

Elternbeiratswahl in Neuhölln

Am 26. d. Mts. findet an der 2., 6., 7., 15., 24., 29. und 37. Schule eine Neuwahl des Elternbeirats statt. Dabei sollen die Unzufriedenheiten ihre Reihen soweit zu stärken, daß sie im künftigen Bezirk Neuhölln-Brig-Neubow-Dudow die Mehrheit haben. Das muß durch rege Mitarbeit unserer Genossen verhindert werden.

Vorträge über Pilzkenntnis

Angesichts des Andranges zu den Lichtbildervorträgen des Herrn Roman Schulz über einheimische Pilze und ihre Verwertung, der so hart war, daß ein erheblicher Teil der Belehrung Entschenden nicht in den Saal gelassen werden konnte, hat die Verwaltung des Märkischen Museums bewirkt, daß Herr Roman Schulz noch zweimal, am Donnerstag, den 23. und Sonnabend, den 25. September, abends 7 Uhr, über dasselbe Thema spricht.

Märkischen Museum ausgegeben. Nur mit Karten versehene Personen haben Zutritt. Die Bildausstellung findet vom Mittwoch, den 15. d. Mts. bis Mittwoch, den 22. statt.

Arbeiter-Bildungsschule der U.S.D.

Stadlverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommissionen. Am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr in der Aula des Rönischen Gymnasiums, Inselstr., Vortrag des Genossen Dr. S. B. W. e. n. s. t. e. i. n über „Schule und Gemeinde“.

Die Bibliothek bleibt wegen Umzugs geschlossen, ausgeliehene Bücher bitten wir zurückzugeben.

Jugendweih Groß-Berlin. Anmeldungen zum September können nicht mehr angenommen werden. Eintrittskarten zum 19. September sind nicht mehr zu haben.

Eintrittskarten zur Theateraufführung am Sonntag, den 26. September, abends, im Neuen Volkstheater sind in unserem Bureau, Schillerstr. 5/6, zu haben. Preis 4 Mk.

Achtung, Arbeitslose!

Am Ende dieser Woche finden in Berlin mehrere große Arbeitslosenversammlungen statt. Tagesordnung: Arbeiterräte oder Aktionsausschüsse? Arbeitslose, besucht nur diese Versammlungen! Die Lokale werden noch bekanntgemacht.

Die außer Kurs gesetzten Briefmarken wieder gültig! Die Briefmarken der Reichspost zu 2, 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pf. waren bekanntlich zum Ende des Monats August für ungültig erklärt worden, wurden aber später wieder zur Ergänzung von Postkarten usw. zugelassen, während sie für Briefe, Drucksachen usw. ungültig blieben.

Der Leichensund im Grunewald harri noch seiner Aufführung. Die Person, um die es sich handelt, ist noch nicht festgesetzt; man hat auch noch keine Sicherheit, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt.

Wegen Ermordung eines Fräulein Steinberg in Potsdam ist der Kaufmann Anton Ludwig in Haft genommen worden. Es sieht jetzt sehr, daß er sie unabsichtlich gemacht hat, um sich in den Besitz der wertvollen Schmuckgegenstände zu setzen.

Herbstpreewaldfahrt der „Naturfreunde“. Letzte Herbstpreewaldfahrt des Arbeiterwanderbundes „Naturfreunde“ am 25. und 26. September. Der in den herrlichsten Herbstfarben prächtige Laubwald bietet neue besondere Reize und hohen Naturgenuss, zumal die Fahrt durch die schönsten Bäche des Oberpreewaldes führt. Besuch des Strichganges der Wenden in Burg, Kahnfahrt durch die Bürger Kaupen über Forsthaus Eiche, Rannomühle, Forsthaus Schönenhaus und Behde nach Rübennau.

Die Patienten der Heimstätte Gütergoh belagern sich darüber, daß sie Geschädigten, der jedenfalls von Übungen der Reichswehr herrührt, Tag und Nacht hören müssen. Da sich viel Nerventränke

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen, beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos KUKIROL 100000fach bewährt Preis M. 3.- in Apotheken u. Drogerien erhältlich. Vorsicht vor Nachahmungen. KUKIROL steht einzig da.

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung von Hans Stensen

Etwas später denke ich noch: „Wir essen ja alle Kaninchen. Ich selber. Wir essen Hasen und Hühner und Rehe. Und wenn man die essen will, muß man sie schlachten.“ Und ich denke noch: „Was würden wir tun, wenn wir einmal wirklichen Hunger hätten?“ Und: „Ist der Tiger deshalb schlecht, weil er Schafe und Rehe zerreißt?“ Ich liege geborgen in meinem Bett und denke mit Zorn an das, was da draußen alles geschieht und geschehen muß. Was alles gehört dazu, um einen Menschen und selbst um einen Verbrecher zu machen? Und was wird aus Kalla, wenn er aus dem Gefängnis heraustritt?

eng angezogen, daß niemand sie über die Hüften streifen, das niemand die Hufe ausziehen kann. Mit dieser Hufe am Leibe kann niemand entfliehen. Sie ist gewiß das Symbol der Erziehung. Mit ihr macht man aus Kindern — Menschen. Und außerdem noch mit dem Worte Gottes. Am Sonntag werden die Jungens zur Kirche geführt. Dann tragen die, die zu fliehen versuchen, deren Eigensinn noch nicht ganz gebrochen ist, unter der Hufe ans Bein geschlossen eine zehn Pfund schwere Fessel aus Eisen. Mit dieser Fessel kann niemand entfliehen. Sie ist unter der Hufe ans Bein geschlossen, damit sie den Kirchenscheuchern nicht auffällt. Mit dieser Fessel an ihren Füßen hören die Jungens Gottes Wort. Wir haben uns alle sehr gefreut, als Kalla dann endlich verurteilt wurde. Ein Jahr und drei Monate hat er bekommen und sitzt nun im richtigen Strafgefängnis — und das ist nicht so schlimm wie Erziehungsanstalt. Er sitzt im Gefängnis. Und das ist alles. Und das ist alles? Wer will das sagen? Willi erzählt: „Ich war im Zuschauerraum. Aber als er mich sah, da fing er an zu weinen. Da bin ich wieder hinausgegangen.“ Nun habe ich doch nicht mehr erzählt, als das, was ich gleich zu Anfang sagte: Er ist sechzehn Jahre und sitzt im Gefängnis. Das ist nicht viel. Aber wenn man daran denkt, so ist einem, als müßte man noch etwas sagen. Man kann nicht gut schweigen, wenn man das hört: Er ist sechzehn Jahre und sitzt im Gefängnis. Ich habe so lange Wochen gelegen und an ihn gedacht. Aber nun merke ich wohl, das ist nicht viel. An jemanden denken, das ist nicht viel. Ich habe gelegen und habe geschwiegen. Aber ich glaube, man soll nicht schweigen. Wenn es auch nur ganz wenig ist, was man weiß, oder was man zu sagen hat. Vielleicht genügt es, ganz einfach zu sagen: Er ist sechzehn Jahre und sitzt im Gefängnis. Was wird ein Blinder tun, der wieder geheilt wird, der wieder sehen kann und ausgehen darf? Da ist die ganze Welt und die Welt ist so groß. Was tut ein Blinder, der wieder sehen kann? Ich bin zum Strafgefängnis gegangen. Das liegt nicht vorne in der Welt. Es liegt etwas abseits. Man muß es

suchen. Aber es ist doch nicht ganz zu verstecken. Es gehört zu der Welt, die so groß und so schön ist. Ich bin nicht mehr blind. Ich kann wieder sehen. Ich sehe wie groß und wie schön die Welt ist. Ich sehe also auch das Strafgefängnis. Es ist ein großes, rotes Gebäude, von großen, roten Mauern umgeben. Ich gehe geradeaus darauf zu. In der Mauer ist eine eiserne Tür und neben der Tür ein Klingelzug. Soll ich hineingehen? Was soll ich sagen? Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Ich stehe davor und weiß keine Hilfe. Was ist es denn, was ich sagen möchte? Was ist es denn, was mich immer wieder hierher vor die Tür des Gefängnisses treibt? Ich kenne dies rote Gebäude nun gut. Ich kenne die eiserne Tür ganz genau. Wird sie sich einmal für mich öffnen? Wird sie sich einmal hinter mir schließen? Soll ich hineingehen? Zu wem soll ich gehen? Man muß sich entscheiden! Wer hat diese Mauern hier aufgerichtet? Wir sind es doch, die die Welt einrichten. Wir sind es, die die Gefängnisse bauen. Ihr, die ihr hier vorübergeht, dies ist ein Teil von euch, ein Teil eures Lebens. Dies ist ein Gefängnis — ein Teil eurer Welt. Ihr habt die Welt so eingerichtet, daß es Gefängnisse geben muß. Ihr habt euer Leben so eingerichtet, daß es Gefängnisse geben muß. Ihr könnt dieser Mauer hier nicht entfliehen. Ihr habt sie gebaut. Aber sie nützt auch nichts. Sie trennt euch nicht von euren Brüdern. Sie trennt die Schuldigen nicht von euch ab. Ihr gehört zusammen. Ihr könnt euch nicht trennen. Keine Mauer trennt euch in Gerechte und Ungerechte. Keine Mauer trennt Recht und Unrecht. Keine Mauer trennt Schuld und Unschuld. Hier hinter der Mauer das sind eure Brüder. Sie haben euch mitgeholfen, Gefängnisse bauen. Ihr oder sie, das ist dasselbe. Ihr oder sie? Ihr seid nicht zu trennen. Sie haben mit euch zusammen, wie ihr, gelebt. Sie haben mit euch zusammen die Welt gebaut. Sie haben sie so gebaut und so gelebt, daß es Gefängnisse geben muß. Sie haben ihren Lohn. Und ihr? Was habt ihr? Ihr geht vorüber? Ich ziehe den Klingelzug an der Mauer und langsam öffnet sich mir die Tür.

